Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

EIN SCHOCK FÜR OSTEUROPA

Die sowjetische Intervention in Afghanistan löste auch innerhalb des Ostblocks und am Rande des sowjetischen Imperiums Schock aus. Eine ominöse Signalwirkung vor allem für das unbotmässige Rumänien und das blockfreie Jugoslawien, ja sogar für das anti-sowjetische, anti-chinesische und anti-titoistische Albanien. Aber nicht nur die unabhängigen oder teilweise autonomen Balkanstaaten sind an der Eindämmung sowjetischen Übermuts interessiert. Alle Ostblockstaaten sind durch die sich bereits seit längerer Zeit abzeichnende Militarisierung der Sowjetpolitik betroffen. Die Zerstörung der kommunistischen Fortschrittsillusion als Folge des Versagens des Wirtschaftssystems und der Mitfinanzierung der sowjetischen Mammutrüstung birgt grosse politische Gefahren in sich.

Die weit verbreiteten und hochgespannten Wohlstands- und Reformerwartungen als Früchte der «irreversiblen» Entspannung zwischen Ost und West sind in den Ländern des sogenannten «realen Sozialismus» in eine tiefe Enttäuschung umgeschlagen. Bereits vor dem russischen Einmarsch in Afghanistan herrschte östlich der Elbe Angst vor einer ungewissen Zukunft, lähmende Unsicherheit in Erwartung einer Wachablösung in Moskau, wobei die allgemeine Stimmung sowohl im Partei- und Staatsapparat als auch in den breiten Bevölkerungsschichten von der jeweiligen Wirtschaftslage mitgeprägt wurde. Die Intervention in Afghanistan mit ihren weltweiten Auswirkungen hat, wenn auch in einem anderen Sinne, auch für den sowjetischen Machtbereich, ja sogar für die autonomen kommunistischen Staaten am Rande des Blocks, eine Signalwirkung.

Man versucht freilich hier und dort die Tragweite der Ereignisse in und um Afghanistan zu bagatellisieren und die Sorgen als unnötige und ungerechtfertigte Dramatisierung von undurchsichtigen Vorgängen in einem «fernen Land» hinzustellen. Deshalb sollte der nüchterne, aber geschichtsbewusste Europäer an jene Geschichte erinnert werden, die man in dem von Peter Szondi verfassten Nachwort zu Walter Benjamins «Städtebilder» nachlesen kann: Damals erzählte man sich unter den Emigranten die Geschichte von dem Juden, der sich mit der Absicht trug, nach Uruguay auszuwandern, und der, als seine Freunde in Paris darüber erstaunten, dass er so weit weg wolle, die Frage stellte: «Weit von wo?»

In der Tat könnte sich nicht nur der zynische Westeuropäer, sondern auch der gelernte Osteuropäer die Frage stellen: Weit von wo? Es handelt sich nämlich weder um unangemessene Schwarzmalerei, noch um «psychologische Kriegführung im Auftrag des amerikanischen Imperia-

lismus», wenn man von einer sich immer klarer abzeichnenden Militarisierung der sowjetischen Politik sprechen muss. Der Aufstieg zur Weltmacht hat die vielen wissenschaftlichen Diskussionen darüber, ob die Sowjetunion eine am *status quo* interessierte oder eine revolutionäre Macht sei, weitgehend irrelevant gemacht. Heute – nach den mit kubanischer Hilfe unternommenen Vorstössen in Afrika, der mit sowjetischer Unterstützung erfolgten Invasion Kambodschas durch Vietnam und der direkten Besetzung Afghanistans durch die Rote Armee – ist die Schlussfolgerung kaum zu bestreiten, dass eher der machtpolitische Opportunismus als etwa der Marxismus-Leninismus die Triebkraft jener sowjetischen Aktionen ist, welche maximalen Nutzen aus den sich bietenden Chancen in Afrika und zuletzt in Asien ziehen möchten.

Die Annahme, die Sowjets seien angesichts ihrer enormen innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme ganz mit sich selber beschäftigt, erweist sich für die ganze Welt sichtbar als Illusion, westlicher Selbstbetrug. Die sowjetische Führung will den Anschein einer Entspannungspolitik nicht nur mit der Realität der Hegemonie im Osten, sondern auch mit der erzwungenen Akzeptierung einer offensiven Strategie – einstweilen in Afrika und Asien – verbinden. Die Rechnung konnte aber nur solange aufgehen, wie die Männer im Kreml Augenmass, Instinkt und Verlässlichkeit gezeigt haben. Es ist müssig, darüber Vermutungen anzustellen, ob die Intervention in Afghanistan einen «fundamentalen Wandel in der sowjetischen Politik» (so die bisher als «Tauben» geltenden Ostexperten des State Departments), oder eher in der amerikanischen Einschätzung bedeutet.

Fest steht, dass die sowjetische Führungsspitze trotz ihrem Durchschnittsalter von über 70 Jahren den prinzipiellen Beschluss gefasst hat, die geballte militärische Angriffskapazität der roten Weltmacht in politische Erfolge umzumünzen. Was sind nun die möglichen Folgen sowohl innerhalb des Ostblocks als auch in den Beziehungen der kleineren Blockstaaten zueinander und zur sowjetischen Hegemonialmacht? Was bedeutet das Frostwetter in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen für die Politik der herrschenden Parteien und die Zukunftserwartungen der Bevölkerung?

Die Rüstungslast

Die wirtschaftlichen Folgen liegen auf der Hand. Es wird im Westen oft übersehen, dass nicht nur die Sowjetunion elf bis 13 Prozent (es gibt auch höhere Schätzungen!) des Sozialproduktes, sondern auch die kleineren Ostblockstaaten einen wichtigen Anteil ihrer Ressourcen für Rüstung aufwenden. In einem Gespräch mit der Redaktion der Wiener Zeitschrift «Tagebuch» (Jänner 1980) wies kürzlich der einstige ungarische Ministerpräsident und inzwischen wegen revisionistischen Abweichungen gemassregelte Soziologe, Andras Hegedüs, darauf hin, dass man die ganze Wirtschaftsproblematik in Osteuropa ohne Berücksichtigung des militärischen Faktors überhaupt nicht begreifen könne.

Wer weiss heute noch, dass zum

Beispiel in den frühen fünfziger Jahren in Ungarn die Verteidigungsausgaben etwa die Hälfte des Investitionsvolumens betrugen? Laut dem bekannten Nationalökonomen Ivan Berend waren in der Anfangsphase des Fünfjahresplanes 1950–1954 die Ausgaben für die Wirtschaft und die Landesverteidigung gleich gross. Auch in den anderen Ostblockländern bestimmten damals militärische Überlegungen die strukturpolitischen Pläne. Das Resultat? Statt der angekündigten Steigerung der Pro-Kopf-Reallöhne um die Hälfte gingen diese um 20 Prozent zurück. Die grosse Unzufriedenheit der Bevölkerung bereitete den Boden für die späteren Umwälzungen vor.

Die meisten herrschenden kommunistischen Parteien haben, keineswegs nur in Ungarn, sondern auch zum Beispiel in der DDR und in Polen, die Lehren nicht vergessen. Überall versuchte man in den sechziger und siebziger Jahren den Konsumdrang der vielgeprüften Bevölkerung zumindest teilweise zu befriedigen. Die Hoffnungen, dass die Wirtschaftssysteme reformiert und der Lebensstandard, wenn auch langsam und stufenweise, auf den westlichen Stand gebracht werden würde, haben sich aber nicht erfüllt. Da die Preise nach wie vor nicht die Werte der Waren widerspiegeln, bewirken die Entscheidungen der zentralen Planungsstellen im Gestrüpp der irrealen Preise oft das Gegenteil des Erstrebten. Selbst die bescheidenen Reformansätze scheitern in der Regel an Beharrungskräften der Bürokratie. Jeder ernstzunehmende Versuch, eine funktionierende Wirtschaftsordnung zu schaffen, muss tiefgreifende politische Reformen nach sich ziehen. Ökonomische Fragen sind immer Machtfragen. Ganz abgesehen davon, dass selbst solche innenpolitisch relativ frei agierende Parteien wie die in Jugoslawien und Rumänien keine Absicht zeigen, die Demontage der eigenen Macht in Betracht zu ziehen, ist der Spielraum der einzelnen Ostblockparteien durch die unveränderte zentrale politische Realität, nämlich die totale militärische und politische Kontrolle seitens der Sowjetunion begrenzt.

Unter diesen Umständen bedeutet der Embargo-Entscheid des amerikanischen Präsidenten keineswegs nur in Russland weniger Fleisch in den Kochtöpfen. Durch den Ausfall von 17 Millionen Tonnen amerikanischen Getreides und die Steigerung der Rüstungsausgaben (allein der beschleunigte Ausbau der sowjetischen Flotte, einschliesslich ihres ersten Flugzeugträgers mit nuklearem Antrieb dürfte 7,5 Milliarden Dollar kosten) werden auch die Verbraucher im gesamten Ostblock betroffen. Was könnte wohl am besten die permanente Agrarkrise des Sowjetsystems beweisen als die Tatsache, dass die Sowjetunion, wie auch die meisten anderen Oststaaten, noch immer nicht imstande sind, sich selbst zu ernähren?

Die Führungsmacht und die Geführten

Es besteht allerdings ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten. Während im Falle der Supermacht, zumindest was das tonangebende russische Volk betrifft, von nationalen und imperialen Machtinter-

essen geredet werden kann, liegen die Dinge in den von 31 sowjetischen Divisionen besetzten und unzähligen «Beratern» kontrollierten Oststaaten ganz anders. Die sogenannte «Breschnjew-Doktrin» der beschränkten Souveränität der Ostblockstaaten bedeutet nämlich nicht nur «die gemeinsame Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften», sondern auch die Unterordnung der Interessen der einzelnen Länder unter die gemeinsamen Interessen der «sozialistischen Gemeinschaft», die von der Sowjetunion als Führungsmacht festgelegt werden. «Einheit und Geschlossenheit» sind ebenso wie die «uneigennützige, brüderliche Hilfe» als konkreter Ausdruck des Prinzips des «sozialistischen, proletarischen Internationalismus» von den sowjetischen Völkerrechtlern hervorgehoben. (Prof. Boris Meissner behandelt die «Spezifischen Wandlungen im Ostpakt-System» in «Aussenpolitik» III/79.)

Kurz, die Ostblockregierungen, deren Sicherheit letztlich auf dem Schutz beruht, welchen ihnen die Militärmacht der Sowjets gewährt, müssen auch handfeste Beweise für ihre Solidarität mit der Hegemonialmacht liefern. Dass die Militarisierung der Politik und die wachsende Rüstungslast schneller als erwartet eine verhängnisvolle Kettenreaktion auslösen könnten, braucht jenen kommunistischen Funktionären, die nicht ohne Grund Lenin über die Politik als «konzentrierter Ausdruck der Wirtschaft» zitieren, nicht im Detail erklärt werden. Sie haben aber keine Möglichkeit, die Entscheidungsbildung im Kreml fühlbar zu beeinflussen.

Osteuropäischen Beobachtern erscheint vor allem die Tatsache besonders bedenklich, dass die Sowjets bereit sind, die weltweiten negativen Folgen ihrer Intervention zu akzeptieren. Auch muss man die nur marginale Bedeutung der «Eurokommunisten» in einer Krisensituation konstatieren.

Ängste greifen um sich – und keineswegs nur im Volk! «Man bietet uns Kanonen statt Fleisch, Raketen statt Autos; aber die alten Herrscher in Moskau vergessen, dass inzwischen eine neue Generation mit viel grösseren Ansprüchen als wir herangewachsen ist», sagte uns kürzlich ein Fabrikdirektor aus Ungarn. Die Entfremdung der Jugend und auch der breiten Schichten der Intellektuellen gehört in der Tat zu den wichtigsten Wurzeln der Instabilität in den sich sozialistisch nennenden Ländern.

Die Ideologie ist tot. Sie wird aber als unerlässliche Rechtfertigung für die Legitimität der Parteiherrschaft gebraucht. Die Parteien sind zwar bereit, je nach der politischen Situation taktische Konzessionen gegenüber der eigenen Bevölkerung zu machen und ihre Abhängigkeit von Moskau zugunsten der Vergrösserung ihrer eigenen Entscheidungsfreiheit abzuschwächen. Sie brauchen aber die Abhängigkeit, um zu überleben, weil die sowjetische Macht die Aufrechterhaltung der Diktatur garantiert. Zugleich liefert aber gerade die sowjetische Vorherrschaft, nicht zuletzt in der erniedrigenden Form der «zeitweiligen Stationierung» von sowjetischen Truppen, den ständigen Zündstoff für die nationalistischen Tendenzen. Es besteht kein Zweifel, dass die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Straffung der Zügel durch die Hegemonialmacht sowohl der Ent-

fremdung, ja Erbitterung der jungen Generation als auch dem defensiven Nationalismus der «Kernstaaten» der sowjetischen Einflusssphäre einen neuen Auftrieb verleihen werden.

Drohende Unrast

Die Unberechenbarkeit der sowjetischen Führung wird die Hand jener Politiker stärken, die «keine Experimente» in der Wirtschaft oder im Kulturleben wollen, sondern Ruhe, Disziplin und absolute Gefolgschaftstreue fordern. Angesichts der Tatsache, dass in den meisten kommunistischen Staaten Parteikongresse bevorstehen, dürfte die Verhärtung der sowjetischen Politik sich auch auf die Zusammensetzung der neuen Führungsgremien auswirken.

Nichts wäre indessen gefährlicher für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Vorherrschaft, ja sogar möglicherweise für den Weltfrieden, als die politischen Gefahren eines Reallohnstopps und einer in manchen Staaten kaum vermeidbaren Reduzierung des Lebensstandards zu ignorieren. Gerade die Tatsache, dass für Millionen von DDR-Bürgern, Ungarn und Polen die Umwälzungen der fünfziger Jahre kein persönliches Erlebnis bedeuten, birgt grosse Gefahren in sich. Mehr als je zuvor beziehen die Normalbürger Osteuropas ihre Informationen aus den westlichen Rundfunksendungen, da die eigenen Medien nicht als glaubwürdig gelten. Die Machthaber werden durch die je nach ihrer Stellung in der Hierarchie abgestuften vertraulichen Bulletins der offiziellen Nachrichtenagentur und durch die Meldungen der Sicherheitspolizei informiert. Die Spitzenfunktionäre selber werden öfter als man vermutet falsch informiert, da jede von aussen kommende Kritik entweder als unverantwortliches Gerede oder gar als «böswilliges Gerücht» abgetan wird. So brachten zum Beispiel in Polen innerhalb von knapp sechs Jahren folgenschwere uninformierte Fehlentscheidungen in der Preispolitik das Land an den Rand eines Bürgerkrieges.

Die Zerstörung der Fortschrittsillusion führt nicht nur in Polen, sondern auch in Ungarn und zum Teil in der Tschechoslowakei, ferner in Sowjet-Litauen zu einer verstärkten Hinwendung zur Religion. Dagegen wäre es ein Trugschluss, an die Anziehungskraft der linken Systemkritiker zu glauben. Bei allem Respekt vor dem mutigen Auftreten der «Charta 77»-Bürgerrechtskämpfer in Prag oder der jüngsten Initiative von einigen hundert ungarischen Intellektuellen dürfen wir ihren Einfluss auf das politische Geschehen nicht überschätzen.

Dass die Lage in Polen anders ist, hängt mit der allgemeinen Krisensituation in diesem grössten Ostblockland im Vorfeld der Sowjetunion zusammen. Ein anderer potentieller Krisenherd bleibt nach wie vor die DDR, wo nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung «durch eine Verschärfung der ohnehin schon komplizierten Situation» (so kürzlich Parteichef Honecker) gekennzeichnet wird. Das Fehlen einer nationalen Basis und die ständige Konfrontation mit der wirtschaftlichen Kraft und dem Lebensstandard in der Bundesrepublik haben die Glaubwürdigkeit und die Legitimität des kommunistischen Herrschafts-

systems ausgehöhlt. Jene Länder, deren Unabhängigkeit oder Autonomie sich auf die Herausforderung der sowjetischen Hegemonie stützen, also Jugoslawien, Albanien oder Rumänien, sind ihrerseits anders gelagerten Gefahren ausgesetzt. Doch werden auch in diesen Ländern die achtziger Jahre durch vielfältige politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten gekennzeichnet sein.

Paul Lendvai

GRIECHENLANDS WIDERSPENSTIGE SPRACHE

«Das Geschlecht der Hellenen ist in Europa ausgerottet – denn auch nicht ein Tropfen echten und ungemischten Hellenenblutes fliesst in den Adern der christlichen Bevölkerung des heutigen Griechenlands.» Diese Sätze stammen aus der Feder des Historikers Jakob Philipp Fallmerayer. Sie stehen in der Vorrede seiner im Jahre 1830 erschienenen «Geschichte der Halbinsel Morea während des Mittelalters» – eines Buches, das seinerzeit bei Hellenen und Philhellenen geradezu provokativ wirkte. Man stelle sich vor: Neun Jahre vor dem Erscheinen des Werkes Fallmerayers war der griechische Freiheitskampf gegen die Türken (1821) ausgebrochen. Im gebildeten Publikum Europas herrschte Begeisterung für die «heldenhaften Nachkommen der alten Hellenen». Und da kam Fallmerayer mit dem «Ansinnen», die historische Kontinuität des Griechentums in Frage zu stellen!

Um die Tragweite des psychischen Traumas zu erfassen, welches die Theorie Fallmerayers bei den Griechen und den Griechenfreunden hinterlassen hat, muss man sich die Hauptpunkte seiner «Beweisführung» vergegenwärtigen: Das alte Hellas, schrieb der eigenwillige Gelehrte, sei schon durch die Römer entvölkert und dann im Zuge der grossen Völkerwanderungen, von gewissen Seestädten abgesehen, durch Barbaren aller Art verheert worden. Hunger und Pest hätten das Land vollends verwüstet, und schliesslich habe die Einwanderung slawischer Stämme stattgefunden. Die Byzantiner hätten die slawischen Einwanderer in der Folge unterjocht, bekehrt und gräzisiert. Im 14. Jahrhundert hätten sich auf dem Festland, dem Peloponnes und den Inseln Hydra und Spezia (Spetses) aus den albanischen Gebirgen kommende Einwanderer niedergelassen. Fazit: Die Neugriechen seien, soweit es sich bei ihnen nicht um Albaner handle, eigentlich Slawen.

Hellenen und Philhellenen nahmen die «Herausforderung» Fallmerayers an und versuchten nachzuweisen, dass die These von der «Ausrottung des Griechengeschlechts» falsch sei. Eines der wichtigsten Gegenargumente war dabei die Kontinuität der griechischen Sprachentwicklung. Im Zuge der wissenschaftlichen, aber auch ideologisch-politischen Auseinandersetzung mit der Doktrin Fallmerayers wurde die sogenannte griechische Sprachfrage (glossiko zitima) immer mehr akzentuiert. Die Türkenherrschaft

(1453–1821) hatte zwar die kulturelle Entwicklung des griechischen Volkes gehemmt, keineswegs aber auch zum Untergang des Griechischen geführt. Auf den nicht unter türkischer Besetzung stehenden Inseln, so zum Beispiel auf Kreta (bis 1669), war es sogar zu einer Blüte der aus dem Reichtum der lokalen Volksdialekte schöpfenden Literatur gekommen. Auf dem griechischen Festland hatte das demotische Lied (dimotiko tragudi) die Tradition der die Grenzbeschützer des byzantinischen Kaiserreiches verherrlichenden Akritas-Lieder (akritika tragudia) fortgesetzt. Um 1800 war eine auf die Einführung einer gemeinsamen griechischen Volkssprache hinzielende geistige Strömung entstanden. Sie war jedoch am Widerstand der Verfechter einer archaisierenden Sprache bzw. an der zwiespältigen Haltung jener Sprachgelehrten gescheitert, die sich – wie etwa der bedeutende Intellektuelle Adamantios Korais (1748–1833) – nicht für die uneingeschränkte Unterstützung der Volkssprache hatten entschliessen können.

Nicht zuletzt unter dem Einfluss der Auseinandersetzung mit der Doktrin Fallmerayers huldigte Griechenland nach der Abschüttelung der Türkenherrschaft jahrzehntelang der sogenannten Reinsprache (Katharéwussa), einer antikisierenden Sprache, die weitgehend auf den grammatischen Regeln des Attischen, des Dialekts der alten Athener, beruhte. Vom nationalistischen Ideal der Wiedergeburt der hellenischen Antike beseelt und sich mit den alten Hellenen identifizierend, schlugen die Neugriechen im 19. Jahrhundert den Weg des sprachlichen Purismus ein, also des Bemühens, die Umgangssprache von «fremden», mit dem archaisierenden Sprachideal nicht zu vereinbarenden Elementen zu «reinigen». Erst gegen Ende des 19., vor allem aber am Anfang des 20. Jahrhunderts, begann der Purismus auf starken Widerstand zu stossen. Die von Jannis Psycharis (1854–1929) mit seinem berühmt gewordenen Buch «Meine Reise» («To taxidi mu») (1888) ausgelöste Bewegung für die Dimotiki (Volkssprache) erfasste zunächst die Literaten, welche, dem Beispiel der Repräsentanten der Ionischen Schule, zum Beispiel des Nationaldichters Dionysios Solomos (1798–1857), folgend, in der Dimotiki zu schreiben begannen, und fand dann auch, allerdings nur teilweise, in der Erziehung Eingang (1917). Der Streit um die Sprachfrage, um das glossiko zitima, lief auf Hochtouren und bewegte die Gemüter der Griechen.

Aussenstehende können sich die wichtige Rolle kaum vorstellen, welche das glossiko zitima im modernen Griechenland spielte und zum Teil immer noch spielt. Das Aufeinanderprallen der Meinungen der Anhänger der Katharewussa einerseits und der Befürworter der Dimotiki andererseits hatte eine jahrhundertealte Vorgeschichte. Die Ursprünge der Dimotiki sind in der Koiné zu suchen, d. h. in der «gemeinsamen Sprache», die in der hellenistischen Zeit (3. Jh. v. Chr. bis 3. Jh. n. Chr.) vor allem auf der Basis des attischen Dialektes entstanden war. Von Anfang an stiess die Koiné, in welcher übrigens auch das Neue Testament geschrieben wurde, auf den Widerstand des Attizismus, d. h. auf die Opposition der Gelehrten und Grammatiker der Zeit, die, wie zum Beispiel Phrynichos, der Verfasser

einer «Sammlung attischer Verben und Nomina», die gesprochene Sprache verachteten und ein «klassisches» Griechisch zu schreiben versuchten. So entstand jene verhängnisvolle Kluft zwischen der «einfachen» Volkssprache und der «gehobenen» Gelehrtensprache, welche die spätere Entwicklung durch die byzantinische Zeit hindurch bis in die neugriechische Periode prägte. Im modernen Griechenland wurde das glossiko zitima weitgehend politisiert und ideologisiert.

Schon der erwähnte «Patriarch» der Dimotiki-Bewegung, Psycharis, verband seinen Kampf für die Volkssprache mit nationalpolitischen Parolen («Ich habe mein Vaterland und meine Sprache geliebt»). Psycharis hatte zwar ein empfindsames Ohr für die Sprache des «einfachen Griechen» – für die Ausdrucksweise des «Bootsmannes», wie er selber sagte. Seine ideologische Einstellung war aber im übrigen eher diejenige eines egozentrisch veranlagten «Aristokraten». Politisch stand er rechts, ja er huldigte einem extremen Nationalismus. So merkwürdig das auch klingen mag, stand er ideologisch im Grunde im Lager seiner erbittertsten Gegner, der Puristen. Auch er focht, wie die Katharewussa-Anhänger, für die Megali Idea, für das Grossgriechenland-Ideal. Während die Puristen aber als Mittel zur Erreichung ihres Zieles die Reinsprache benützten, hisste Psycharis die Fahne der Volkssprache im Kampfe für die Nation. Im Vorwort seines «Evangeliums», des bereits erwähnten Buches «To taxidi mu», fasste er seine Nationalideologie in folgender, logisch hinkender, aber dennoch – oder gerade deshalb – einprägsamer Formulierung zusammen: «Eine Nation braucht zweierlei, um eine Nation zu werden: die Erweiterung ihrer Grenzen und eine eigene Literatur.» Er, Psycharis, kämpfe für die Nationalsprache, da er dem Vaterland im Krieg nicht nützlich sein könne.

Im Laufe der Zeit machte sich dann bei der Ideologisierung und Politisierung der Sprachfrage eine Akzentverschiebung bemerkbar. Die griechische Linke, die in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen ihre ersten Gehversuche machte und während der deutschen Okkupation (1941–1944) sowie in der Nachkriegszeit an politisch-ideologischer Resonanz gewann, verlieh der Bewegung für die Durchsetzung der Dimotiki den Charakter eines sozialpolitischen Postulats. Für nicht wenige Dimotiki-Anhänger im bürgerlichen Lager war das Bekenntnis zur Volkssprache mehr oder weniger eine «ästhetische» Angelegenheit geworden. Linksstehende Intellektuelle, allen voran der Philologe, Pädagoge und Soziologe Dimitris Glinos (1882–1943), der in der Ära der bereits erwähnten partiellen Einführung der Dimotiki auf dem Gebiet der Schule (1917) als Exponent der venizelistisch-liberalen Erziehungsreformbewegung eine hervorragende Rolle gespielt hatte, später aber der KP Griechenlands (KKE) beitrat, unterstrichen demgegenüber immer mehr den gesellschaftspolitischen Aspekt des glossiko zitima. Ohne die hundertprozentige Durchsetzung der Dimotiki in der Erziehung und im öffentlichen Leben, so etwa argumentierten sie, könne von einer Hebung des sozioökonomischen und kulturellen Niveaus der breiten Volksschichten keine Rede sein. Die griechische

Bourgeoisie sei unfähig, ja eigentlich nicht gewillt, das Sprachproblem zu lösen. Nur die Arbeiterklasse werde, nach ihrer Machtergreifung, imstande sein, diese Aufgabe zu erfüllen. Die gesellschaftspolitische Betrachtungsweise fand nicht zuletzt in der «Geschichte unserer Sprachfrage» des marxistischen Historikers Jannis Kordatos (1891–1961) ihren Niederschlag.

Der Einsatz der Linken für die Dimotiki hatte zur Folge, dass man im bürgerlichen Lager in der Sprachfrage nicht selten emotional und somit falsch reagierte. Da das Linkslager während längerer Perioden der neueren griechischen Geschichte wegen des Fehlens einer ins Gewicht fallenden sozialdemokratischen oder sozialistischen Partei von den Kommunisten beherrscht wurde, neigte mancher Repräsentant des bürgerlichen Lagers dazu, die Volkssprache zu verteufeln. «Die Dimotiki», so etwa dachten die bürgerlichen Vorkämpfer der Reinsprache, «ist die Sprache der Kommunisten, die mit der glorreichen Tradition der hellenischen Nation brechen wollen, weil sie im Dienste des von Moskau gelenkten Slawokommunismus stehen». Derartige Gedankengänge, nicht selten mit Tiraden gegen den «Ideologen des präkommunistischen Panslawismus», Fallmerayer, verbunden, fanden, so merkwürdig es auch erscheinen mag, längere Zeit bei einem beträchtlichen Teil des griechischen Volkes ein positives Echo. Und das daraus resultierende Klima verhinderte eine nüchterne Betrachtung der Sprachfrage und eine entsprechende Regelung derselben. Zwar gab es etliche Exponenten der Rechten, die sich zur Volkssprache bekannten. Sogar der nationalkonservative Politiker Ioannis Metaxas (1871–1941), der am 4. August 1936 ein sich bis zu einem gewissen Grad an das «Vorbild» des deutschen Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus anlehnendes Diktaturregime in Griechenland errichtete, war ein Befürworter der Dimotiki. Es gehört zu den Paradoxa des neugriechischen politischen Lebens, dass jene Dimotiki-Grammatik, die in Griechenland den Rang eines geradezu «klassischen» Werkes erlangte, von einer Kommission verfasst wurde, welche die Regierung Metaxas ins Leben rief! An der Spitze dieser Kommission stand der angesehene Sprachwissenschafter Manolis Triantafyllidis (1883–1959). Doch die Identifizierung der Volkssprache-Anhänger mit den Kommunisten spukte weiter in vielen «nationaldenkenden» Köpfen.

Als der Führer der teils liberalen, teils nach links tendierenden, aber alles andere als kommunistischen Zentrumsunion, Georgios Papandreou (1888–1968), im Jahre 1964 die dringend notwendige Erziehungs- und Sprachreform (ekpedeftiki metarythmissi) durchführte, stiess das Reformprojekt, wohl die bedeutendste Erneuerungstat der Zentristen, nicht zuletzt auf Ressentiments des traditionellen griechischen Rechtslagers gegenüber der Dimotiki. Papandreou, der sich seinerzeit als Erziehungsminister einen guten Namen gemacht hatte und auf enge Beziehungen zur fortschrittlichen Intelligenz des Landes Gewicht legte, wollte hinter den wechselvollen, krebsgangartigen, gewisse Fortschritte, aber noch mehr Rückschritte aufweisenden erziehungs- und sprachpolitischen Kurs der vergangenen Jahrzehnte einen Schlusspunkt

setzen. Seine Vision war die grosse Zäsur, deren Hauptcharakteristika in der Anerkennung der Volkssprache auf allen Erziehungsebenen, in der Erhöhung des Schulobligatoriums von 6 auf 9 Jahre und in der kostenlosen Erziehung bestanden. Die Reformpläne wurden jedoch schon vor der Abschaffung der Demokratie (1967) zum Teil sabotiert und «neutralisiert». Nach der am 21. April 1967 erfolgten Machtergreifung der Obersten wurde die ekpedeftiki metarythmissi Papandreous rückgängig gemacht. Während der Zeit der Athener Militärdiktatur (1967–1974) war die Parole «Griechenland griechischer Christen» massgebend, und unter dem «Graecochristentum» verstand die herrschende Junta eine antikisierende «Kulturpolitik», die als ideologisches Alibi zur Unterdrückung der Andersdenkenden dienen sollte. Im Rahmen einer solchen «kulturpolitischen» Konzeption hatte die Dimotiki keinen Platz. Ganz verbieten konnten die Militärs die Sprache des Volkes zwar nicht. Beachtliche Fortschritte, welche die Dimotiki vor dem 21. April 1967 auf dem Erziehungssektor, im politischen Teil der Zeitungen und in der Nachrichtenübermittlung zu verzeichnen hatte, wurden jedoch nach der Etablierung des Militärregimes weitgehend dem Ungeist eines inhaltsleeren, engherzig nationalistischen Purismus geopfert. An einer Hebung des kulturellen Niveaus der breiten Volksschichten waren die Diktatoren nicht interessiert. Das Schulobligatorium wurde auf 6 Jahre herabgesetzt.

Der Regimewechsel vom Sommer 1974 brachte wesentliche Voraussetzungen für eine freiheitlich-demokratisch orientierte Erziehungs- und Kulturpolitik. Der Regierung Karamanlis kommt das Verdienst zu, dass sie im Jahr 1976, im Grunde die Postulate der ekpedeftiki metarythmissi Georgios Papandreous übernehmend, einen neuen Anlauf zur Bewältigung der Sprach- und Erziehungsfrage nahm. Anerkennung der Dimotiki als Unterrichtssprache, Wiederherstellung des neunjährigen Schulobligatoriums, partielles Abrücken vom Gedanken des klassischen Gymnasiums und Förderung der Berufsschulen waren Schwerpunkte der in der Ära Erziehungsministers Rallis', eines engen Vertrauten des Führers der regierenden Nea Dimokratia, Karamanlis, beschlossenen Reformen. Das Klima war günstig. Regierung und Opposition waren sich hinsichtlich des Reformprogramms grundsätzlich einig. Rallis hatte die Unterstützung bekannter Persönlichkeiten des Oppositionslagers, insbesondere des Gelehrten Evangelos Papanoutsos, der bei der papandreistischen Sprach- und Erziehungsreform entscheidend mitgewirkt hatte. Zwar gab es gewisse Widerstände der Nationalkonservativen, der Puristen und einiger reaktionärer Gelehrter der älteren Generation, die Kassandrarufe vom «bevorstehenden Untergang der hellenischen Kultur» ertönen liessen. Karamanlis konnte jedoch nicht leicht als «kommunistischer Verräter an der Nation» hingestellt werden, und wegen der bitteren Erfahrungen mit dem «Graecochristentum» der Junta hatte der antikisierende Nationalismus an Glaubwürdigkeit eingebüsst.

Es wäre allerdings falsch, wenn man annähme, in den seit der Wiederherstellung der Demokratie verflossenen fünfeinhalb Jahren sei es gelungen, die

Schwierigkeiten gänzlich zu überwinden, mit denen Griechenland auf den Sektoren der Sprach-, Erziehungs- und Kulturpolitik zu ringen hat. Ein grosser Teil der Reformen hat noch nicht Wirklichkeit werden können. Die Volkssprache, welche die gemeinsame Sprache der Griechen im täglichen Umgang ist und somit nicht mit den lokalen Dialekten (zum Beispiel Kretisch) verwechselt werden darf, hat in den letzten Jahren immer mehr an Boden gewonnen; gleichzeitig hat sie sich vom Extremismus der ersten Dimotiki-Vorkämpfer, der sogenannten «Psycharistes», befreien können. Die Reinsprache wiederum ist gemässigter und einfacher geworden. In diesem Sinne hat das glossiko zitima viel an Schärfe verloren. Die «Zweisprachigkeit», worunter natürlich nicht etwa die Existenz zweier gänzlich verschiedener Sprachen, sondern lediglich zweier Sprachvarianten zu verstehen ist, ist aber noch immer nicht aus der Welt geschafft. Die Dimotiki wird, wie erwähnt, im täglichen Umgang gesprochen, aber auch – wenigstens im privaten Verkehr – geschrieben. Die Dimotiki ist zudem die Sprache der schönen Literatur, darüber hinaus jedoch auch zahlreicher wissenschaftlicher Bücher auf den verschiedensten Gebieten. Sieht man von bewusst rechtsextremistisch - nationalistischen bzw. dem konservativen Publikum gegenüber sprachliche Konzessionen machenden Blättern (z. B. «Eleftheros Kosmos», «Estia») ab, so kann man sagen, dass sich die Volkssprache auch in der Presse mehr oder weniger durchgesetzt hat. Hier sind sogar beachtliche Fortschritte in Richtung der Abschaffung oder jedenfalls Vereinfachung der Akzent- und Spirituszeichen zu registrieren. Auch im Film, im Radio und im Fernsehen dominiert die Dimotiki. Die Verfassung, die Gesetzestexte und die Kirchensprache müssen jedoch nach wie vor als «Reservate» antikisierender Sprachformen bezeichnet werden.

Dass das Amts- und Kirchengriechisch immer noch von der antikisierenden Sprache beherrscht wird, ist kein Zufall. Die Verfassung von 1952 enthielt in Art. 107 folgende – logisch und sprachwissenschaftlich sehr anfechtbare – Bestimmung: «Offizielle Sprache des Staates ist diejenige, in der die Verfassung und die Texte der griechischen Gesetzgebung verfasst werden. Jeglicher Versuch des Verderbens dieser Sprache ist untersagt.» Die Reinsprache-Anhänger sahen in dieser Vorschrift eine verfassungsrechtliche Sanktionierung der Katharewussa. Die Katharewussa – meistens ein schreckliches Bürokratengriechisch! – prägte jedenfalls lange Zeit die Sprache der hellenischen Staatsmaschinerie. Daran hat sich auch in der Periode seit dem Regimewechsel vom Sommer 1974 nicht viel geändert, obschon in die im Jahre 1975 in Kraft getretene neue Verfassung die besagte Bestimmung nicht mehr aufgenommen worden ist. Viele griechische Parlamentarier bedienen sich zwar einer mehr oder weniger gepflegten Dimotiki. Nicht wenige Rechtsprofessoren und Richter schreiben ihre Bücher, Aufsätze und Zeitungsartikel in der Volkssprache. Die griechische Bürokratie ist jedoch ein «Staat im Staate». Sie hat ihre eigene Gesetzmässigkeit. Als Rallis, der inzwischen vom Erziehungs- über das Koordinations- ins Aussenministerium hinüberwechselte, kürzlich einen offi-

ziellen Erlass in der Volkssprache verabschiedete, wurde dies als Sensation empfunden. Was das Kirchengriechisch anbelangt, so geht die hier verwendete archaisierende Sprache grossenteils auf die byzantinische Entwicklungsstufe zurück. Die heutige reaktionäre Führung der Orthodoxen Kirche Griechenlands hat für sprachliche oder sonstige Reformen wenig übrig. Fazit: Die überholten Strukturen in der Staatsmaschinerie und in der Kirche sind leider in den seit der Wiederherstellung der Demokratie vergangenen Jahren praktisch unangetastet geblieben. Die Zurückgebliebenheit findet auch in sprachpolitischer Hinsicht ihren Niederschlag.

Im Erziehungswesen wurden die zweifellos richtigen Reformpläne nicht mit raschen strukturellen Änderungen in der Praxis gekoppelt. Es nützt nicht viel, wenn man Neuerungen proklamiert, die wegen nicht vorhandener Lehrmittel, Lehrkräfte und Schulhäuser nicht oder nicht schnell realisiert werden können. Die notorische Ineffizienz der griechischen Staatsmaschinerie hat die gutgemeinten Reformprojekte weitgehend durchkreuzt. Zudem gibt es im Staatsapparat zweifellos immer noch Kräfte, welche nicht an die Dimotiki und überhaupt an die Notwendigkeit der Modernisierung des Erziehungssektors glauben.

Die heftige Kontroverse über die Sprachfrage hatte zur Illusion verleitet, dass durch die offizielle Anerkennung der Dimotiki sozusagen über Nacht alle Erziehungs- und Kulturprobleme des Landes gelöst sein würden. Nun beginnt man allmählich einzusehen, dass das glossiko zitima lediglich ein Teilaspekt der umfassenderen Erziehungs- und Kulturproblematik des Landes ist. Diese Erkenntnis ist aber noch nicht ins Bewusstsein aller Kreise eingedrungen. Ja, man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass selbst jene Stellen, die ex officio dazu bestimmt sind, für die Förderung kulturpolitischer Anliegen besorgt zu sein, die Bedeutung der Hebung des kulturellen Niveaus in Griechenland, nicht zuletzt auch im Hinblick auf dessen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, nicht oder jedenfalls nicht voll erfasst haben. Vor einiger Zeit veröffentlichte eine Athener Tageszeitung die Ergebnisse einer amtlichen Studie über die Aktivitäten der verschiedenen Ministerien. Bei dieser Beurteilung figurierte das Ministerium für Kultur und Wissenschaften in der schlechtesten Bewertungsgruppe!

Pavlos Tzermias

Mitteilung an unsere Abonnenten

Die Entwicklung der Druckkosten macht es leider unumgänglich, den Abonnementspreis der «Schweizer Monatshefte» zu erhöhen. Das Jahresabonnement kostet ab 1. April 1980 Fr. 45.— (Ausland Fr. 50.—).

Gesellschaft Schweizer Monatshefte